

## Rolle der Gewerkschaften im Zukunftsprozess Deutschlands

Wasserwerkgespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung

### I. Streiks bei der Bahn: Zurück zu englischen Verhältnissen?

Meine Damen und Herren,

wenn im Augenblick von Gewerkschaften die Rede ist, dann denken viele von Ihnen wohl zuerst an die zahlenmäßig kleine Gewerkschaft Deutscher Lokführer. Seit Wochen schon beschäftigt der eskalierende Konflikt zwischen der GDL und der Bahn AG die Öffentlichkeit.

Mittlerweile streiken die Lokführer und es ist nicht auszuschließen, dass diese Arbeitsniederlegung schwer wiegende wirtschaftliche Folgen haben wird.

Es geht nicht mehr allein um kurzzeitige Unannehmlichkeiten für Fahrgäste in Pendler-Zügen und andere Bahn-Reisende. Es könnte jetzt auch die Betriebe hart treffen, etwa wenn Vorprodukte ausbleiben, die normalerweise auf dem Schienenweg angeliefert werden.

Man kann es sicherlich nicht gut heißen, dass die Lokführer als ein Teil der Bahn-Belegschaft dem Beispiel von Flugkapitänen und Krankenhausärzten nacheifern. Da stehen Gruppen-Egoismen gegen die Idee einer fairen Teilhabe aller Beschäftigten. Das unterscheidet Organisationen wie die GDL ganz wesentlich von der IG BCE.

Wenn sich überall das kleinstmögliche gemeinsame Interesse mit der größtmöglichen Durchsetzungschance verbindet, dann folgt daraus nicht nur Entsolidarisierung, sondern schlicht ein Chaos in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Doch ich warne davor, diesen Konflikt bei der Bahn zum Anlass zu nehmen, das grundrechtlich geschützte Streikrecht in Frage zu stellen. Wer das Recht auf Streik einschränken will, der muss sich klar sein, dass er damit die Gewerkschaften insgesamt herausfordert.

Die DGB-Gewerkschaften setzen Streiks als letztes Mittel im Arbeitskampf sehr verantwortlich ein. Das zeigt die alljährliche Bilanz der im internationalen Vergleich wenigen Arbeitstage, die in Deutschland durch Streiks verloren gehen.

Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und das Instrument der Flächentarife sorgen für ein insgesamt hohes Maß an sozialem Frieden. Sie sind unverzichtbare Voraussetzung für die soziale Marktwirtschaft und für das, was man in der Vergangenheit als Wirtschaftswunder bezeichnet hat.

Das sollten sich diejenigen bewusst machen, die mit einer gewissen Schadenfreude das Wirken solcher

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Verbände wie der GDL beobachten und kommentieren. Da hoffen offenbar manche, mit Hilfe von Mini-Organisationen ließen sich die großen Gewerkschaften schwächen.

Mit Verhältnissen, wie sie aus England noch in unguter Erinnerung sind, lässt sich nach meiner Überzeugung die Zukunft nicht gewinnen. Die Zersplitterung in kleine einflussreiche Interessengruppen ist weder gut für die wirtschaftliche Ordnung noch für den sozialen Zusammenhalt.

## **II. Die CDU und die Gewerkschaften: Ermutigende Neuorientierung**

Meine Damen und Herren,

nach meinem Eindruck ist in der Union das Verständnis für solche Zusammenhänge wieder gewachsen. Das war in den vergangenen Jahren nicht immer so.

Erlauben Sie mir, kurz aus dem Ludwigshafener Grundsatzprogramm der CDU von 1978 zu zitieren: „Wir treten für die Tarifautonomie ein, weil sie ein wesentliches Ordnungselement der Sozialen Marktwirtschaft ist“, heißt es da unter Ziffer 80. „Wir sind für freie Gewerkschaften“, ist zu lesen und weiter: „Wir bejahen die Koalitionsfreiheit, weil sie eine Bedingung sozialer Partnerschaft ist.“

Leider sind der CDU diese klaren Aussagen in den Folgejahren verloren gegangen. Im Hamburger Grundsatzprogramm von 1994 sucht man die Gewerkschaften vergeblich, auch die Tarifautonomie findet sich nicht mehr, stattdessen ist unter Ziffer 79 lediglich von „sozialen Flankierungen“ der Marktverhältnisse die Rede.

Noch dürftiger sind die Aussagen zu den Gewerkschaften und auch zur sozialen Marktwirtschaft in den Leipziger und Düsseldorfer Parteitagebeschlüssen zehn Jahre später.

Insofern stellt der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, den die CDU im Dezember in Hannover beschließen will, sicherlich einen Fortschritt dar. Ich zitiere: „Die Tarifautonomie ist ein Garant für die Stabilität des Standorts Deutschland. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft.“

Ich lese daraus, dass die CDU bereit ist, die gestaltende Rolle der Gewerkschaften in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell anzuerkennen.

Es ist durchaus ermutigend, dass sich die konservative Volkspartei offenbar auf die christliche Soziallehre als eine ihrer Wurzeln besinnt.

Und ich finde es auch persönlich ermutigend und freue mich, Herr Pofalla, dass der politische Dialog Früchte trägt, selbst wenn er gelegentlich kontrovers geführt wird. Aber mitunter sollen ja auch Wahlergebnisse zum Erkenntnisgewinn beitragen.

## **III. Die Perspektive der IG BCE: Wandel im Modell Deutschland**

Meine Damen und Herren,

wenn es die CDU ernst meint mit ihrem neuen Grundsatzprogramm – und davon gehe ich aus –, dann ergeben sich daraus bemerkenswert vielfältige Anknüpfungspunkte zur IG BCE.

Unser Leitbild ist das Modell Deutschland in einem sozial verfassten Europa. Dabei orientieren wir uns an der Handlungsmaxime: zuerst der Mensch.

- Wir wollen soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft.
- Wir wollen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung mit Gewerkschaften und Betriebsräten,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

mit Mitbestimmung, Teilhabe und sozialem Ausgleich.

- Wir wollen, dass sich das Modell Deutschland als Teil der europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung behauptet, und zwar gegenüber der Idee einer reinen Marktwirtschaft, die sich allein am maximalen Profit ausrichtet.
- Wir wollen die Interessen unserer Mitglieder wirksam vertreten und zugleich unsere Verantwortung für das Ganze wahrnehmen.

Was wir nicht wollen, ist, dass alles beim Alten bleibt. Denn das wäre nicht nur wirklichkeitsfern, sondern auch fortschrittsfeindlich. Deshalb beteiligen wir uns am Reformprozess in Deutschland. Wir bringen uns ein, weil wir mitgestalten wollen, weil wir sozial gerechte Reformen wollen.

Es hilft den Menschen nicht, sondern schadet ihnen, wenn an mangelnder Einsicht das Notwendige scheitert.

Demographischer Wandel, Globalisierung, die Finanznot des Staates, das sind reale Erscheinungen, für die im Hier und Jetzt Lösungen gefunden werden müssen. An dieser Lösungssuche wirken wir mit: in konstruktiver Auseinandersetzung mit der Politik, in der Diskussion im DGB, im Ringen mit den Arbeitgebern.

#### **IV. Reformen brauchen Richtung: Kein Wandel ohne Werte**

Aus der Fusion von drei Gewerkschaften hervorgegangen, ist die IG BCE nach unserem Verständnis eine gewerkschaftliche Antwort auf den tief greifenden Wandel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Diesem Gedanken sind andere im DGB gefolgt. Auch dies ist ein Beispiel dafür, dass wir in der IG BCE nicht nur die Risiken, sondern immer auch die Chancen von Veränderung sehen.

Bei allem vernünftigen Pragmatismus folgen wir in unserer Politik einer klaren Orientierung. Unser Handeln ist wertgebunden, aus Verpflichtung unseren Mitgliedern gegenüber. Denn so unterschiedlich die Menschen in der IG BCE auch sein mögen, so teilen sie doch gemeinsame Vorstellungen von einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der gilt: „Zuerst der Mensch“.

Wir sind im Wandel, wir sind im Prozess der Erneuerung aber mit dem klaren Ziel, das Wesentliche zu wahren:

- Die Idee einer gerechten und fairen Gesellschaft,
- des solidarischen Miteinanders,
- der Teilhabe und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- einer nachhaltigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit - Globalisierung, Individualisierung und demographischer Wandel – werden von der IG BCE keineswegs negiert. Wir nehmen sie zur Kenntnis und wir sind zugleich bestrebt, darauf passende Antworten zu entwickeln.

Unsere Mitglieder erwarten, dass wir den Wandel mitgestalten. Denn die Menschen wissen durchaus, dass uns Verweigerung oder gar Blockade nicht weiter bringen.

Darum sage ich: Wenn es den Gewerkschaften gelingt, konstruktive Beiträge zu sozial ausgewogenen Reformen zu leisten, dann werden sie auch in Zukunft Zustimmung und Unterstützung finden, also Gestaltungskraft bleiben, davon bin ich fest überzeugt.

#### **V. Unterschätzte Wechselwirkung: Innovation und Mitbestimmung**

Meine Damen und Herren,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ich weiß sehr wohl, dass vielen Menschen nicht ganz klar ist, in welcher Weise Gewerkschaften wie die IG BCE ihre Gestaltungskraft einsetzen.

Hartnäckig halten sich in manchen Köpfen längst widerlegte Vorurteile. Das gilt zum Beispiel für das Verhältnis von Mitbestimmung und Innovation.

Dazu möchte ich zunächst den deutschen Vizepräsidenten der EU-Kommission zitieren. Günter Verheugen sagt: „Die Schlüsselfrage für die Zukunft unserer Industrien ist die Fähigkeit zur Innovation, die Fähigkeit, immer ein Stück besser zu sein als die Wettbewerber, ihre Fähigkeit, Spitzentechnologie und Spitzenleistung anzubieten. Das schafft man nur durch Innovationsfähigkeit.“ Und mit dieser Aussage hat Günter Verheugen zweifellos Recht.

Deshalb unterstützt die IG BCE Innovationen in Unternehmen. Das machen wir durch eine konstruktive Mitbestimmungspraxis im Rahmen der Betriebsverfassung und der Unternehmensmitbestimmung.

Ich weiß, dass die Arbeitgeber sich damit manchmal schwer tun. Kritiker auf der Arbeitgeberseite wenden häufig gegen die Mitbestimmung ein, dass sie sich mit der wirtschaftlichen Rationalität nicht vereinbaren lasse und Innovationen hemme. Ich halte dies nicht für zutreffend, das Gegenteil ist richtig.

Innovationen entwickeln sich in Unternehmen dann besonders erfolgreich, wenn die Beschäftigten an diesem Prozess beteiligt sind. Die gewerkschaftlichen Vertreter im Betriebsrat und im Aufsichtsrat denken und handeln durchaus im Sinne eines Co-Managements unternehmerisch, denn sie haben die Interessen der Mitarbeiter im Blick.

Dass Mitbestimmung Innovationen hemme ist im Übrigen eine Meinung, die in empirischen wissenschaftlichen Studien längst widerlegt worden ist.

Als Gewerkschafter füge ich hinzu: Mitbestimmung ist auch eine Wertentscheidung, eine Entscheidung für die Würde des Menschen.

Selbstverständlich ist die Mitbestimmung weiter entwicklungsfähig. Ich habe dazu anderenorts detaillierte Vorschläge gemacht. Deshalb nur ein Beispiel:

Wir brauchen eine gute Unternehmenskultur. Innovationen, Forschung, Entwicklung und Produktion neuer Produkte setzen voraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernst genommen und beteiligt werden. Unternehmen, die es verstehen, menschliche Talente zu fördern und zu entwickeln, werden schneller und damit vorne sein. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten.

#### **VI. Die Zukunft des Standorts D: Industriepolitik als Aufgabe**

Meine Damen und Herren,

künftig werden wir uns stärker noch als in den vergangenen Jahren darum kümmern müssen, die Rahmenbedingungen für Zukunftsbranchen in Deutschland zu verbessern. Bio- und Gentechnologie zählen dazu, die Energiepolitik ist für die Industrie in Deutschland von genauso entscheidender Bedeutung, aber auch Bildung und Innovation.

Im Rahmen unserer industriepolitischen Aktivitäten handeln wir nicht allein im Interesse unserer Mitglieder, sondern wiederum in Verantwortung für das Ganze. Wir haben hart und erfolgreich für eine vernünftige Chemikalienpolitik in Europa

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

gestritten, genauso intensiv um den Emissionshandel.

Jetzt stehen wir in der Klima- und Energiepolitik vor ähnlichen Herausforderungen. Wir wissen um die Gefahren des Klimawandels und wir stellen uns neuen Aufgaben.

Aber wir wissen auch um die Bedeutung industrieller Produktion für unser Land. Deshalb muss die industrielle Basis intakt und leistungsstark bleiben.

Wir streiten für gute Bedingungen der Unternehmen am Standort Deutschland, weil das die Voraussetzung für gute Arbeitsplätze ist.

Wir sind uns bewusst, dass im Zuge der Globalisierung der Wettbewerb an Intensität zugenommen hat.

Uns braucht auch niemand zu erklären, dass unser Wohlstand auf einem Vorsprung an Wissen und Technik beruht.

#### **VII. Das Markenzeichen der IG BCE: Innovative Tarifpolitik**

Meine Damen und Herren,

beispielhaft für unseren Beitrag zur Modernisierung des Modells Deutschland steht auch die Tarifpolitik der IG BCE. Sie ist ein Ausweis unserer Innovationskraft.

Zum Beispiel mit Öffnungsklauseln bei hoher Bindekraft der Flächentarife. Immer wieder war es die IG BCE, die sich neuer Themen angenommen und zu guten Ergebnissen geführt hat. Das hat uns manchen Streit, letztlich aber Anerkennung und Respekt eingebracht.

Die IG BCE ist keine Tarifmaschine alter Art. Unsere innovative Tarifpolitik beruht vielmehr darauf, dass wir Tarif- und Gesellschaftspolitik miteinander verbinden.

Unser Handeln orientiert sich auch in der Tarifpolitik am größtmöglichen Mitgliederinteresse und an der Gesamtverantwortung.

Die Rente mit 67 beispielsweise ist sicherlich keine ausreichende Antwort auf den demographischen Wandel. Was wir stattdessen brauchen ist vor allem ein höheres Maß an Flexibilität beim Wechsel vom Arbeitsleben in den Ruhestand.

Die IG BCE schlägt einen Korridor von 60 bis 67 Jahren vor – mit 65 als Regelaltersgrenze. Wir brauchen dazu eine Verbindung von gesetzlichen und tariflichen Instrumenten.

Teilrente, Zeitguthaben, individuelle Altersvorsorge und Lebensarbeitszeit müssen in ein neues Gesamtkonzept gebracht werden. Das ist zu verbinden mit alternsgerechten Arbeitsplätzen.

#### **VIII. Kleine und mittlere Unternehmen: Vom Vorteil der Sozialpartnerschaft**

Meine Damen und Herren,

erlauben sie mir, zu einem weit verbreiteten Irrtum Stellung zu nehmen. Es handelt sich dabei um die Einschätzung, dass sich die IG BCE als Industriegewerkschaft nur um die Großunternehmen kümmert. Das ist nicht zutreffend. Wir schließen mit einer großen Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen Tarifverträge ab. In der chemischen Industrie liegt die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei 300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die IG BCE und die Betriebsräte tragen beispielsweise dazu bei, dass kleine und mittlere Unternehmen auf die Herausforderungen der Wissensproduktion und der Qualifizierung geeignete Antworten finden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Auch die gemeinsam von der IG BCE und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie getragene Weiterbildungs-Stiftung leistet dabei wertvolle Unterstützung.

Großunternehmen haben so genannte interne Arbeitsmärkte, sie können Weiterbildung für ihren Bedarf intern organisieren. Kleine und mittlere Unternehmen haben diese Möglichkeiten nicht.

Wir unterstützen solche Unternehmen, wenn sie etwa infolge des internationalen Konkurrenzdrucks die Arbeitsorganisation ändern müssen.

In einem Unternehmen mit einem Großteil von an- und ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Gruppenarbeit einzuführen, um flexibler zu werden, ist wahrlich keine einfache Aufgabe.

Unser Tarifvertrag zur Qualifizierung in der chemischen Industrie hat sich da als sehr hilfreich erwiesen. Es können Betriebsvereinbarungen zur Qualifizierung abgeschlossen werden, die zwei Vorteile haben:

- Die Stärken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können gezielt gefördert werden, um sie flexibler und besser einsetzbar zu machen. Und
- die Qualifizierungsinteressen auch geringer qualifizierter Mitarbeiter finden Berücksichtigung. Dies stärkt ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre Motivation.

#### **IX. Von Leiharbeit bis ALG I: Reformbedürftiger Arbeitsmarkt**

Meine Damen und Herren,

sicher sind wir alle froh über die gegenwärtigen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, die Zahl der Beschäftigten steigt. Das ist gut so, aber damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Es gibt nach wie vor viel zu tun, um die Beschäftigungsprobleme in Deutschland zu lösen.

Viele Unternehmen decken den zusätzlichen Personalbedarf mit Leiharbeit. Leiharbeit ist aber lediglich ein Flexibilitätsinstrument, mehr nicht.

Was da gegenwärtig geschieht, das ist nichts anderes als eine schleichende Unterwanderung tariflicher und sozialer Standards. Leiharbeit ist das Gegenteil von guter Arbeit, das wissen wir spätestens seit dem neuen Gute-Arbeit-Index. Leiharbeit ist auch kein Konzept, mit dem sich der Standort Deutschland dauerhaft im Wettbewerb behaupten könnte.

Die Politik hat Leiharbeit als einen Weg dargestellt, auf dem Menschen aus der Arbeitslosigkeit geführt werden.

Die Ergebnisse sind andere. Tatsächlich werden auf diesem Weg reguläre Arbeitsplätze abgebaut, Leiharbeit hingegen wird aufgebaut. Wir erleben eine zunehmende Spaltung der Belegschaften.

Das werden die Gewerkschaften nicht hinnehmen. Denn grundsätzlich muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Einzelheiten regeln dann die Tarifverträge. Dies muss die Politik in einer gesetzlichen Regelung auf den Weg bringen.

In einer anderen Frage hat sich die Politik bereits bewegt, und ich denke, die Gewerkschaften dürfen das als ihren Erfolg betrachten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Bei aller grundsätzlichen Zustimmung der IG BCE zur Agenda 2010 haben wir immer deutlich gesagt: Es gibt gute Gründe, dass ältere Arbeitnehmer länger Arbeitslosengeld erhalten müssen, wenn sie arbeitslos werden. Denn die Arbeitsmarktchancen der Älteren sind nach wie vor schlechter als die jüngerer Arbeitnehmer.

Der am Montag in der Koalition gefundene Kompromiss erfüllt zwar nicht alle Erwartungen. Aber er ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr sozialer Sicherheit.

Vielleicht lässt sich dieser Kompromiss in den parlamentarischen Beratungen weiter verbessern. Wir werden unsere Vorstellungen und Argumente einbringen.

Natürlich freuen wir uns auch darüber, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf künftig 3,3 Prozent sinken soll. Das ist sicherlich ein weiterer Schritt, Beschäftigung zu fördern.

Und unsere Mitglieder können bei steigenden Lebenshaltungskosten jeden Euro mehr im Portemonnaie gut gebrauchen.

Allerdings ist die Politik damit nicht aus der Pflicht. Wir brauchen auch festgelegte Mindestlöhne in den Branchen, in denen die Tarifparteien allein aus unterschiedlichen Gründen keine Mindeststandards setzen können.

Und wir brauchen den Kombilohn als ein Instrument gegen Langzeitarbeitslosigkeit – insbesondere bei jüngeren und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Mit dem Kombilohn können wir nicht zuletzt den Menschen helfen, die einfache Tätigkeiten nachfragen, die in Deutschland allein aus Gründen des ausufernden Lohnwettbewerbs nicht angeboten werden.

## **X. Das Prinzip sozialer Gerechtigkeit und die Glaubwürdigkeit von Politik**

Meine Damen und Herren,

all diese Prozesse sind natürlich politisch umstritten.

Unterschiedliche Kräfte versuchen, aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen Kapital zu schlagen und ihre jeweiligen Ausgangspositionen zu verbessern.

Die IG BCE musste sich in den vergangenen Jahren heftiger Angriffe aus Wirtschaft und Politik erwehren. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte haben konservative und neoliberale Kräfte die soziale Marktwirtschaft offen bekämpft und den Mitgestaltungsanspruch der Gewerkschaften grundsätzlich verneint.

Man hat die Tarifautonomie genauso grundsätzlich in Frage gestellt wie die Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte. Auch die Union war vor solchen Anwendungen eines vermeintlichen Zeitgeistes nicht gefeit.

Gemeinsam mit dem DGB ist dieser Angriff abgewehrt worden. Allerdings sollte niemand meinen, die Auseinandersetzung wäre für alle Zeit entschieden.

Ich befürchte im Gegenteil, dass unser Land, aber auch die Gewerkschaften Schaden nehmen könnten, wenn rechts und links die politischen Kräfte an Einfluss gewinnen sollten.

Quasi in Resonanz auf die Marktradikalen hat sich eine neue Linkspartei gebildet. Ich kann die Gewerkschaften nur davor warnen, sich Illusionen hinzugeben. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass alle Versuche gescheitert sind, mit ähnlichen Gruppierungen auf der Linken

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

14. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

gewerkschaftliche Politik durchsetzen zu wollen.

Natürlich ist die IG BCE eine Einheitsgewerkschaft, in der sich Menschen mit unterschiedlicher parteipolitischer Präferenz engagieren.

Aber genauso eindeutig haben Gewerkschaft und SPD gemeinsame Wurzeln, aus denen heraus eine besondere Nähe und Verbindung entstanden ist.

Historisch gewachsen sind jedoch auch die Gemeinsamkeiten mit der christlichen Soziallehre. Sie hat ihren Platz in der Union, daraus ergeben sich für uns immer wieder Anknüpfungspunkte.

Wir verstehen das als Chance, weiterhin gewerkschaftliche Anliegen in der Union zur Geltung zu bringen. Wir schätzen auch das klare Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft im neuen CDU-Grundsatzprogramm nicht gering, sondern verstehen es als eine begrüßenswerte Kurskorrektur und einen Handlungsauftrag.

Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus den Auseinandersetzungen um die Modernisierung des Modells Deutschland ziehen können, dann die:

Wer die Menschen nicht überzeugt und mitnimmt, findet auch für unvermeidbare Veränderungen keine Mehrheiten. Und wer dabei gegen das Prinzip sozialer Gerechtigkeit verstößt, weckt Widerstände.

Die Politik und gerade die beiden großen Volksparteien wären gut beraten, das immer im Auge zu behalten. Genauso sollte sich die Politik bewusst sein, dass sie Partner benötigt, um Entscheidungen zu vermitteln und in der komplexen Wirklichkeit von Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen.

## **XI. Rechtsextremismus: Eine gemeinsame Herausforderung**

Meine Damen und Herren,

in diesen Zusammenhang möchte ich die hässlichen Erscheinungen des Rechtsextremismus nicht unerwähnt lassen.

Eine wichtige Ursache dafür ist, dass es Menschen gibt, die von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sind, und die ihre Situation mit antidemokratischen und menschenverachtenden Motiven zu lösen versuchen.

Die Zahl dieser Menschen nimmt zu und sie organisieren sich. Seit einigen Jahren schon gewinnt der Rechtsextremismus in Deutschland an Bedeutung. Wir brauchen deshalb eine parteiübergreifende, langfristige angelegte Strategie gegen Rechts.

Das Eintreten für Demokratie und Toleranz ist ein geschichtlicher Auftrag, der an Aktualität nichts einbüßt hat, sondern im Gegenteil unser gemeinsames Engagement fordert

## **XII. Zum Schluss**

Meine Damen und Herren,

Ich habe versucht Ihnen darzulegen, was aus Sicht der IG BCE zu tun ist, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten und zu stärken. Es müssen zeitgemäße Lösungsstrategien gefunden werden. Wir müssen die Institutionen unserer Gesellschaft reformieren, und ihre Organisationen müssen dies ebenfalls tun.

Die IG BCE hat in den vergangenen zehn Jahren versucht, ihre Glaubwürdigkeit zu stärken. Wir sind bestrebt, die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht zu groß werden zu lassen.



**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

HUBERTUS SCHMOLDT  
VORSITZENDER DER  
IG BERGBAU, CHEMIE,  
ENERGIE

**14. November 2007**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Politische Glaubwürdigkeit ist zerbrechlich wie ein dünnes Porzellan. Man muss vorsichtig mit dem, was man sagt, umgehen. Man sollte nicht versprechen, was man nicht halten kann.

Keine Erwartungen wecken, die man nicht erfüllen kann. Das ist der Grundsatz, an dem wir unsere Politik auch in Zukunft ausrichten – aus politischer Klugheit, aber vor allem aus Respekt vor unseren Mitgliedern.